

## AKTUELL

## EWIGKEITSCHEMIKALIEN

# Verschleierte Risiken

María Elorza Saralegui

**Chemiekonzerne schlagen einen EU-weiten Grenzwert für TFA vor, der weit über den bisherigen Richtwerten liegt. Eine Analyse von „Pan Europe“ zufolge hat die Industrie dabei eigene Studienergebnisse zur Toxizität der Ewigkeitschemikalie heruntergespielt, gar ignoriert.**

Laut einem am 29. September veröffentlichten Bericht der NGO „Pesticide Action Network“ (Pan Europe) versuchen Chemiekonzerne alles, um Trifluoressigsäure (TFA) harmloser wirken zu lassen, als sie ist. Das, damit Substanzen und Produkte, die sich zu TFA abbauen, weiterhin am Markt bleiben können. Die Hersteller spielen, so die NGO, die negativen Auswirkungen der Substanz in eingereichten Studien „systematisch herunter“.

Die neuen Studien haben Konzerne wie „Bayer“, „Syngenta“ und „Chemours“ eingereicht. Denn im April dieses Jahres hatte die deutsche Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin bei der EU-Chemiebehörde (Echa) vorgeschlagen, TFA als fortpflanzungsgefährdend einzustufen. Die Datenlage ist jedoch dünn und es gibt wenige unabhängige Studien, die nicht als Zulassungsstudien von der Industrie selbst durchgeführt wurden. Letztere zeigen alle, dass TFA gesundheitsschädliche Wirkungen hat, hauptsächlich Fehlbildungen in den Augen und dem Skelett.

## Folgen in allen getesteten Tieren

Dennoch interpretieren die Konzerne in einem zusätzlich eingereichten Dokument die eigenen Ergebnisse so, dass die schädlichen Auswirkungen auf die Fortpflanzungsfähigkeit „möglicherweise“ nur bei Kaninchen auftreten könnten. „Die verfügbare Datenlage zeigt ein anderes Bild“, kommentiert Pan Europe. In der Tat zeigten die neu eingereichten Studien jedoch, dass die Effekte bereits bei niedrigen Dosen auftraten und bewiesen mitnichten, dass sie nur Kaninchen betreffen. Auch zeigte bereits 2007 eine Studie von Bayer, dass TFA zu Augenfehlbildungen in Laborratten führen kann, 2021 zeigte eine Studie von Bayer und Solvay weitere negative Wirkungen bei Ratten. In der Schlussfolgerung letzterer werden die beobachteten Wirkungen – verminderte Schilddrüsenhormonspiegel, Spermienanomalien, Gewichtsreduktion von Fortpflanzungsorganen – jedoch ignoriert. Somit haben die Unternehmen „wissenschaftlich unbegründete Argumente vorgebracht, um die TFA-Toxizitätsbewertung [der EU-Behörden]

in die Irre zu führen“, kritisiert Pan Europe.

Dies ist nicht Neues: Seit Jahrzehnten versuchen PFAS-Hersteller und Chemiekonzerne, die Gefahren von Ewigkeitschemikalien wie TFA zu verschleiern („Drum prüfe, was sich ewig hält“, woxx 1847). Dabei bestätigen auch die wenigen existierenden unabhängigen Studien die Gesundheitsrisiken von TFA.

Die Chemiekonzerne schlagen der EU einen Grenzwert von 294 µg/L für das Trinkwasser vor – dies ist um ein zwanzigfaches höher als der vom luxemburgischen Gesundheitsamt gesetzte Orientierungswert von 12 µg/L. Viel zu hoch, meint Pan Europe, die in dem Vorschlag und den neuen Studien eine Verzögerungstaktik sieht: „Indem sie die Fakten vor politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit verschleiern, riskieren [die TFA-Hersteller], die dringend notwendigen politischen Maßnahmen zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt erheblich zu blockieren oder zu verzögern“, so die NGO, die die Wichtigkeit unabhängiger Studien unterstreicht.

Unter der EU-Pflanzenschutzmittelverordnung stufte die EU-Kommission in einem Gutachten dieses Jahr TFA als „relevanten Metabolit“ ein und bezeichnete das Abbauprodukt so als umweltkontaminierend. Doch die EU müsse TFA nun als toxisch für die Fortpflanzung klassifizieren, so Pan Europe. Angesichts der dünnen Datenlage müsse das Vorsorgeprinzip greifen. Die bekannten Risiken von TFA seien hoch genug, um Produktion und Nutzung einzustellen. Auch Produkte wie Pestizide, die sich zu TFA abbauen, dürften nicht weiter zugelassen werden. Da sich die Substanz in Gewässern, Lebensmitteln und Blut anreichert („Auf immer und ewig“, woxx 1845), sind wohl die meisten von uns betroffen, auch hochrangige EU-Politiker\*innen.

So bat der dänische Umweltminister während eines Treffens im Juli dieses Jahres seine Homolog\*innen, sich selbst auf PFAS im Blut testen zu lassen. Auf Nachfrage der woxx gab das luxemburgische Umweltministerium an, dass Serge Wilmes (CSV) sich nicht testen lassen würde. Die Untersuchungsphase zur Einstufung von TFA als fortpflanzungstoxisch läuft noch und bisweilen gibt es keinen EU-weiten Grenzwert. Gegen Ende des Jahres soll die Weltgesundheitsorganisation einen solchen vorschlagen.

## SHORT NEWS

## CSDDD : des eurodéputé-es sans surprise

(fg) – La directive sur le devoir de vigilance des multinationales sera débattue au Parlement européen le 13 octobre. La coalition d’ONG luxembourgeoises Initiative pour un devoir de vigilance (IDV) s’est saisie de cette perspective pour sonder les intentions des six eurodéputé-es du grand-duché sur la suite à donner à ce texte que la Commission européenne, des États membres et le patronat s’échinent à vider de sa substance. La directive, connue sous l’acronyme anglais CSDDD, doit obliger les grandes entreprises à respecter les droits humains et environnementaux dans leurs activités, y compris chez leurs sous-traitants. « L’heure n’est plus aux ambiguïtés : soit on protège les droits humains, l’environnement et le climat, soit on cède aux sirènes de la déréglementation », a énoncé Jean-Louis Zeien, coordinateur de l’IDV, lors de la présentation des résultats du questionnaire, le 29 septembre. Les réponses sont sans surprise. Marc Angel pour le LSAP, Charles Goerens pour le DP et Tilly Metz pour Déi Gréng défendent une « approche ambitieuse, préservant l’intégrité de la directive ». À l’opposé, l’ADR Fernand Kartheiser veut l’abandon de la directive, dans une vision qualifiée de « Far West » par l’IDV. Les députées CSV Isabel Wiseler-Lima et Martine Kemp ont, de leur côté, refusé de répondre, reprochant au questionnaire son « format trop tranché ». Est-ce par manque de courage politique ou pour se ménager la possibilité de changer d’avis au dernier moment en fonction du sens du vent, s’interroge l’IDV au sujet des deux élus ? En attendant de savoir, elles décrochent déjà la palme de l’opacité.

## Flüchtlingsabwehr: EU finanziert Banden

(tf) – Die Fakten sind lange bekannt, doch nun hat es die EU-Kommission quasi schwarz auf weiß: Gelder, die für die Flüchtlingsabwehr nach Nordafrika fließen, werden von kriminellen Banden abkassiert. Das geht aus einem geleakten internen Dokument der Brüsseler Exekutive hervor, das dem Nachrichtenportal „EUObserver“ vorliegt, wie es am Dienstag berichtete. Demnach sollen bis 2027 insgesamt 142 Millionen Euro für „Migrationssteuersysteme“ unter anderem in Algerien, Ägypten, Tunesien und Marokko ausgegeben werden. Wie dem Dokument zu entnehmen ist, wird das Risiko, „dass EU-Gelder letztendlich auch Personen zugutekommen könnten, die bereits internationalen Sanktionen unterliegen, sowie anderen Personen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind“, als „hoch“ eingestuft. Auch Libyen soll Gelder erhalten. Dort firmieren kriminelle Banden als „Küstenwache“ und sind in Menschenhandel sowie die Ausbeutung, Misshandlung und Ermordung von Flüchtlingen involviert („Zwischenfälle mit System“; woxx 1731). 92 Prozent aller Flüchtlinge, deren Einreise von der EU als „irregulärer Grenzübertritt“ gewertet wird, machen sich aus dem nordafrikanischen Land auf den Weg nach Europa. „Um zu vermeiden, dass EU-Gelder indirekt zu Menschenrechtsverletzungen beitragen [...], werden angemessene Maßnahmen zur Risikominderung ergriffen“, heißt es in dem Dokument. Eine Recherche in „Le Monde diplomatique“ kam vergangenen Monat zu einem anderen Schluss: Demnach sind es gerade diese Gelder, die dazu führen, dass sich in Libyen immer fester ein System von Banden etabliert. Diese rivalisieren nicht nur im lukrativen Geschäft mit den Flüchtlingen, sondern verhindern auch, dass sich eine zivilere Form von Gesellschaft formiert.

## Gleichstellungsbericht: Fortschritte und Baustellen

(tj) – Am 30. September veröffentlichte das Ministerium für Geschlechtergleichstellung und Diversität (Mega) den Tätigkeitsbericht 2024 des Observatoire de l’égalité entre les genres. Die Analyse zeigt: In Luxemburg bestehen weiterhin deutliche geschlechtsspezifische Ungleichheiten – etwa bei häuslicher Gewalt (1.178 Polizeieinsätze), Teilzeitarbeit (36 Prozent bei Frauen, 8 Prozent bei Männern) oder der Repräsentation in Führungspositionen. Auch beim Einkommen gibt es Differenzen: Trotz leicht höherem Stundenlohn bei Frauen verdienen Männer im Jahresvergleich mehr. Eine vom Laboratoire d’études queer, sur le genre et les féminismes (LEQGF) im Auftrag des Ministeriums ausgearbeitete Studie zur statistischen Erfassung nicht-binärer Menschen soll aufzeigen, wie sich Daten künftig außerhalb der klassischen Zweigeschlechtlichkeit erheben lassen. Auf Nachfrage der woxx hieß es, die Ergebnisse würden Mitte November dem wissenschaftlichen Begleitkomitee des Observatoriums vorgestellt und später veröffentlicht werden. Die Studie soll zudem in die Arbeit des interministeriellen Ausschusses zur möglichen Abschaffung des Geschlechtseintrags auf Ausweisdokumenten einfließen. Damit bewegt sich das Mega sichtbar in Richtung einer inklusiveren Gleichstellungspolitik – ein Schritt, den viele zivilgesellschaftliche Akteur\*innen seit Langem fordern. Erstmals basiert der Bericht auf einer gesetzlichen Grundlage, die dem Observatorium institutionelle Stabilität verleiht.